

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauhaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle ober deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Antwort Lloyd Georges an Dr. Simons.

In einer Rede, die Lloyd George in Birmingham am vergangenen Sonnabend gehalten hat, hat er auf die Rede Simons geantwortet. Aus den vorliegenden Berichten geht hervor, daß er die Monita als berechtigt anerkennt, die Simons gegen die Note der Alliierten erhoben hat, sie führe nicht an, was Deutschland bereits geleistet habe, denn er gibt z. B. die Zahlen über die Waffen und Munition an. Deutschland habe bereits ausgeliefert 31 000 Geschütze, 33 Millionen Granaten, 70 000 Maschinengewehre, 3 Millionen Gewehre, 411 Millionen Patronen. Deutschland habe aber noch immer zu viel Kriegsmaterial und Munitionsherstellungsmaschinen und zu viel ausgebildete Mannschaften. Lloyd George behandelte hierauf die schwierige Frage, Deutschland die Reparation zahlen zu lassen, ohne daß dabei dem Empfänger Schaden zugefügt werde, z. B. durch billige Waren, was Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte, und die Frage der Wechselkurse. Lloyd George sagte, die Deutschland vorige Woche überreichte Rechnung sei auf die Erwägung der Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen habe, gegründet. Die Rechnung sei aufgestellt worden im Verhältnis zu Deutschlands Wohlfahrt, da Deutschland angesichts seiner augenblicklichen Lage zuerst nur ein Minimum bezahlen könne. Lloyd George sagte, Deutschland könne die gesamte Rechnung haben, die fertig vorliege, er rate jedoch zur Annahme der bereits vorgelegten Rechnung. Deutschland möge sich nicht durch augenblickliche Leidenschaften dazu verleiten lassen, die Torheiten von 1914 zu wiederholen. Deutschland sei noch nicht so befeuert, wie Frankreich und Großbritannien. Die Forderungen der Alliierten seien gerecht und müßten durchgesetzt werden. Wenn alternative Vorschläge unterbreitet werden würden, so würden sie ernstlich in Betracht gezogen werden. Aber der bloße Versuch, einer Zahlung zu entgehen, könne nicht gebuldet werden. Nichts könne die Alliierten dazu verleiten eine strenge Aktion zu unternehmen, als das Gefühl, daß sie dem Deutschland von 1914 gegenüberstünden.

Dr. Simons habe gesagt, er habe andre Vorschläge zu machen. Das sei recht; wenn seine Vorschläge recht und billig seien, so würden die Alliierten davon Kenntnis nehmen. Wenn sie aber nur ein Manöver seien, um der Reparationspflicht zu entgehen, dann müßten die Alliierten handeln. Simons habe während der Konferenz in Spa den Eindruck eines gerechten und verständigen Mannes gemacht, aber wer vertrete das heutige Deutschland? Sei es der Minister für auswärtige Angelegenheiten, oder seien es die Männer von 1914? Man werde niemals gestatten, daß die Klasse, die den Krieg provoziert habe, den Mächten Trost biete. — Die letzten Erklärungen des Premierministers sollen nach der Meldung des Temps fürmischen Beifall gefunden haben.

Die Alliierten wollten keine strengen Maßnahmen gegen Deutschland ergreifen, es sei denn, daß sie sich noch dem Deutschland von ehemals gegenüber befänden, das sich bemühe, sich den Folgen des Vertrags, den es unterzeichnet habe, zu entziehen, danienschlössen sei, heute mit den Verträgen daselbe zu tun, was es mit den früheren Verträgen getan habe, die es wie Fehden Papier zerrissen habe. Die Alliierten arbeiten an einer gemeinsamen Sache der Gerechtigkeit und sie würden beweisen, daß sie zu diesem Zweck mehr denn je geeinigt seien.

Die französische Presse ist mit der Rede Lloyd Georges im großen und ganzen einverstanden; so sagt der Temps vom 5. Februar:

„Der englische Premierminister hat sich folgende Verhaltensmaßregeln gesetzt: Die deutschen Gegenvorschläge können von der Londoner Konferenz geprüft werden, wenn sie den Gläubigern Deutschlands mindestens die gleichen Vorteile sichern als die, die das Abkommen vom 29. Januar festsetzt.“

Das Journal des Débats schreibt, bis zur Londoner Konferenz müsse die französische Regierung unter Bezugnahme auf die Argumente, die der englische Ministerpräsident gestern in Birmingham ausgesprochen habe, sich entweder ein Vorzugsrecht auf die Exporttage oder die Mobilisierung eines Teils der deutschen Jahreszahlungen sicherstellen, damit Frankreich den schweren Ausgaben Genüge leisten könne, die es zu erdrücken drohen.“

Die Einladung zur Konferenz.

Berlin, 5. Februar. Der französische Vorkonferenzen hat gestern im Auftrag des Präsidenten der Pariser Konferenz anlässlich eines Besuchs beim Reichsminister des Auswärtigen mündlich die Einladung übermittelt, zum 1. März deutsche Delegierte nach London zu entsenden. Der Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten.

Ministerkonferenz in Berlin.

Ueber eine Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten, die am Sonnabend in Berlin abgehalten wurde, wird folgender amtlicher Bericht veröffentlicht:

„Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett

über die durch die Note vom 29. v. M. geschaffene politische Lage statt. Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Uebersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententesforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesende erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie sich diese aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen vom 1. dieses ergibt.“

So ganz harmonisch, wie es der amtliche Bericht darstellt, ist es aber weder bei den Verhandlungen zugegangen, noch ist es auch das Ergebnis, wenn die Meldungen zutreffen, die bürgerliche Blätter über die Sitzung bringen. Der bayerische Ministerpräsident Kahr soll heftigen Widerstand gegen die Erfüllung einzelner Forderungen geleistet haben, so besonders gegen die Auflösung der Selbstschutzhorganisations, was nach der Stellung der bayerischen Regierung zu dieser Frage selbstverständlich ist. Simons hat in seiner Rede vom 1. Februar für die Regelung ausdrücklich erklärt, die Forderungen über die weitere Entwaffnung und die Auflösung der Selbstschutzhorganisations sollen lokal erfüllt werden. Das besagt, daß bis zum Juni d. J. auch die Orgesch, die Einwohnerwehr usw. in Bayern verschwinden sein müssen. Ist dies aber der Fall, dann ist es auch mit dem Herz der Kontroverrevolution und Reaktion in Bayern vorüber.

In dem Bericht des Leipziger Tageblatts heißt es: „Sollte Herr v. Kahr auf seinem völlig intransigenten Standpunkt verharren, so ist kaum daran zu zweifeln, daß ihm die übrigen Süddeutschen, vor allem Baden und Württemberg, entgegen treten werden und Bayern somit isoliert wird, wodurch die Frage eines Wechsels der bayerischen Regierung in ein neues Stadium treten würde.“

Ein Aufruf Briands.

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie aus Paris vom 6. Februar gemeldet wird, richtete Briand heute vormittag an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs in der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht vergeßlich an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einheit aller Nationen, die auf den Kampfsebenen für den Sieg der Freiheit gekämpft hätten, sei unerlässlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, denen man jetzt gegenübergestellt sei. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Verlauf von Jahrhunderten bewährt habe. Die beiden Regierungen würden sicher von der öffentlichen Meinung der beiden Länder unterstützt.

Die Stellung der Gewerkschaftsvertreter zu den Pariser Beschlüssen.

Berlin, 5. Februar. (M. B.) Die Reichsregierung des Neuen nahm heute Gelegenheit, sich im Herrenhaus mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Es ergab sich dabei vollkommene Uebereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.

Erneute Verteuerung des Güterverkehrs.

M. B. Berlin, 7. Februar. Die künftige Tarifkommission des Reichsverkehrsministeriums hat, wie die Montagpost hört, eine Vorlage beschließen, die eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent vorseht. Für Rohstoffe und Massengüter wird eine Erhöhung von 60 Prozent, für Stückgüter und Fertigfabrikate um 90 Prozent vorgeschlagen. Man rechnet mit einer Mehreinnahme von 9 Milliarden nach diesen Tarifjagen.

Das ist die Methode, mit der die „Regierung des Wiederaufbaues“ die Gesundung der Volkswirtschaft herbeiführen will!

Konflikt zwischen Senat und Volksrat in Danzig.

Danzig, 6. Februar. Infolge der tätlichen Angriffe, die kommunistische Abgeordnete in der letzten Sitzung des Danziger Volksrats gegen den Senator Schimmer unternahmen, hat die Regierung einstimmig beschlossen, nicht eher Vertreter in die Plenarsitzung des Volksrats zu entsenden, als genügende Vorkehrungen getroffen sind, um die Mitglieder der Regierung gegen Bedrohungen von Leib und Leben zu schützen. Die in der letzten Vollversammlung des Parlaments erfolgten Angriffe geschahen aus Anlaß der Verhaftung des deutschen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wegmann, der sich zu Propagandazwecken in Danzig aufhielt. Wegmann wurde heute aus dem Gebiet des Freistaats ausgewiesen.

Flickarbeit.

Der Reichstag ist nach einer nur zweiwöchigen Tagung in die Wahlen gegangen. Es darf ihm die Anerkennung nicht verweigert werden, daß er in dieser kurzen Zeit ein gutes Stück Arbeit geleistet hat — der Quantität nach. Aber der Qualität nach ist es Flickarbeit schlechtester Sorte, wenn nicht noch ärgerer. Es lohnt sich diesmal wirklich ein kurzer Rückblick auf die Ergebnisse dieser Tagung. Nicht etwa, als ob sie besonders wertvoll und erwähnenswert wären, sondern weil sie geradezu ein Musterbeispiel dafür sind, wie halb und schwächlich und unzulänglich diese Volksvertretung arbeitet, die Vertretung eines Volkes, dessen herrschende Klassen sich ihres sicheren Unterganges und der aufsteigenden Neuordnung der Gesellschaft mit der brutalen Macht der Verweigerung wehren und doch hilflos und ohnmächtig sind, dem Uebermaß von Glend, das sie selbst heraufbeschworen, zu wehren. Wie rücksichtslos und brutal die bürgerliche Parlamentsmehrheit auf inner- und außerpolitischem Gebiete gegenüber dem Proletariat den nackten und unverhüllten Herrenstandpunkt heraufstreckt, so kümperhaft und kläglich sind ihre Versuche, auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete gegen das immer drohender aufsteigende Gespenst des Glends anzukämpfen. Dieser Widerspruch zwischen dem Bramarbasieren mit einer Kraft, die immerzu auf das Schwerste pochen muß, weil sie nur das Argument der Gewalt, nicht das innerer Stärke für sich hat, und der eingestandenem Ohnmacht den wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit gegenüber, dieser Widerspruch, an dem die heute noch herrschende Klasse und Kultur krank und zugrunde geht, verleiht auch dieser Parlamentstagung einen mehr tragischen als komischen Zug.

Den würdigen Auftakt bildete die Besprechung der Interpellation unserer Fraktion über den Belagerungszustand in Bayern. Bayern ist ja bekanntlich der stärkste Exponent und die mächtigste Stütze des heute herrschenden Regimes, der Sort, in dessen Schutz sich die Reichsregierung und alle bürgerlichen Parteien, so demokratisch sie sich auch sonst gebärden möchten, flüchten. Die offene Gewalttätigkeit, die dort mit Hilfe des Belagerungszustands vom ungekrönten König Escherich, dem Symbol der Dreieinigkeit von Reichswehr, Orgesch und Einwohnerwehr, ausgeübt wird, wurde von der Reichsregierung im Einverständnis mit den bürgerlichen Parteien gebilligt und unser Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes gegen die Stimmen bloß der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Dieselbe Stellung nahm die Parlamentsmehrheit bei der Besprechung des Justiz- und Reichswehretats ein. Hier wie da wurde ebenso wie bei der Bayerndebatte von den Rednern der drei sozialistischen Fraktionen, die sich darin nur in der Schärfe der Tonart unterschieden, an einer erdrückenden Fülle von Beispielen gezeigt, wie empörend einseitig der ganze militärische und juristische Machtapparat des Staates im Dienste der Bourgeoisie und der junkerlichen Reaktion gegen das Proletariat, zur Unterdrückung aller seiner Regungen und Bewegungen, gehandhabt wird. Offen kann die Reaktion, gestützt von den Säulen der Gesellschaft, dem Heere und der Bürokratie, den, wie sie hofft, letzten, vernichtenden Schlag gegen das Proletariat vorbereiten, ihre vorbereitenden Mordanschläge bleiben ungeführt, ihre bewaffneten Organisationen finden eine breite Rückenbedeckung am Heere, dessen monarchistisches Offizierskorps mit der offenen oder stillschweigenden Duldung des „zivilen“ Reichswehrministers, des „republikanischen“ Demokraten Gehler, alle republikanischen Elemente erbarmungslos ansmörgelt. Es ist überflüssig zu bemerken, daß alle unsre Geißelstiche gegen das stöckreaktionäre Treiben der Justiz- und Militärbehörden an der stumpfen kompakten Majorität dieser „Volksvertretung“ wirkungslos abprallen und unsre Anträge, die diesen Zuständen abzuhelfen suchten, abgelehnt wurden.

Auch bei der Interpellation unserer Fraktion über die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland entfaltete sich daselbe Bild. Obwohl der Bourgeoisie das Wasser schon bis zum Hals steht, obwohl infolge der wachsenden Verelendung der arbeitenden Massen und der Rückwirkung der Weltwirtschaftskrise auf unsere Wirtschaft die Absatzförderung wächst und mit ihr das Bedürfnis, den Absatz durch die Verbindung mit dem aufnahmefähigen Markt Rußlands zu beleben, bringt die Bourgeoisie doch den Heroismus auf, dem kühnsten Verlangen des gesamten, in dieser Frage einigen Proletariats zum Trotz die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland abzulehnen unter dem fadenscheinigen Vorwande diplomatischer Verschulungen der Sowjetregierung, in Wirklichkeit, weil die Deutschland beherrschende Clique in ihrer Außenpolitik noch genau denselben harten Schädel und dieselben kurzfristigen Augen hat wie in den seligen Zeiten der Monarchie. Es ist die Politik der tönenden Worte, denen unsehbar die Rückzüge und Niederlagen folgen, aber es spielt auch mit eine Angst vor den Strahlen des Sternes im Ofen, von denen die Bourgeoisie ebenso hypnotisiert ist wie ihr Gegenpol auf der tiefsten Seite des Hauses.